



Presseschau vom 26.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Westen bereitet die Ukraine schon jetzt auf Wahlen 2019 vor
Die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine soll im Februar eine neue Besetzung der Zentralen Wahlkommission billigen. Präsident Petro Poroschenko hat mehrere neue Kandidaturen ins Parlament eingebracht, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Donnerstag.

Die Vollmachten der meisten Mitglieder der Wahlkommission waren noch 2014 abgelaufen, aber wegen zahlreicher Kontroversen konnten immer noch keine neuen Mitglieder des Gremiums ernannt werden.

Informell beginnt der Wahlkampf schon in diesem Jahr, obwohl die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2019 und die Parlamentswahl ein halbes Jahr später stattfindet. Der Zeitplan der Wahlen wurde 2014 verändert, als der Staatschef und die Rada vorzeitig gewählt werden mussten. Aus diversen Gründen wurden die Vollmachten der Mitglieder der Wahlkommission verlängert. Ursprünglich hätten sie nur während der vorgezogenen Wahlen 2014 arbeiten sollen, sind aber immer noch im Amt. Unter anderem organisierten sie die Kommunalwahlen 2015.

Der ukrainische Politologe Dmitri Rasumkow warnte, dass die Situation, in der die Vollmachten der meisten Mitglieder der Wahlkommission abgelaufen seien, immer mehr Fragen hervorrufe, insbesondere bezüglich der Legitimität der Politiker, die gewonnen haben bzw. gewinnen werden. Nach seinen Worten verlangen die westlichen Länder von Kiew schon seit 2015, dass die Zentrale Wahlkommission (erneuert werden müsse.)

Er erklärte unlängst: „Ich habe im vorigen Jahr fast jede Woche gesagt, dass 13 neue Mitglieder der Zentralen Wahlkommission ernannt werden müssen. (...) Hoffentlich wird die Staatsführung begreifen, dass dies unverzüglich geschehen muss.“

Laut dem ukrainischen Gesetz wird die Zentrale Wahlkommission von der Werchowna Rada ernannt. Die Kandidatenliste hat der Präsident dem Parlament vorzulegen. Die Wahlkommission zählt insgesamt 15 Mitglieder.

Die Opposition verlangt schon seit langem eine Novellierung des ukrainischen Wahlgesetzes. Das Gesetz, nach dem die aktuelle Werchowna Rada gewählt wurde, war noch unter Ex-Präsident Viktor Janukowitsch verabschiedet worden: Die Ukraine kehrte damit zum gemischten (Verhältnis-Majoritäts-) Wahlsystem zurück.

Damals kritisierte die Opposition die Machthaber und behauptete, in vielen Ein-Mandat-Wahlkreisen wären die Wahlergebnisse gefälscht worden. Aber nach dem Machtwechsel 2014, als die damaligen Oppositionellen an die Macht gekommen waren, wollten sie das alte Gesetz offenbar nicht mehr aufheben.

Erst im November 2017 wurde der neue Entwurf des Wahlgesetzbuchs in erster Lesung gebilligt. Unter anderem geht es darum, dass die Kandidatenlisten der an der Wahl beteiligten Parteien offen sein müssen und die Wahlhürde von fünf auf vier Prozent gesenkt wird. Das Dokument kann aber zusätzlich verändert werden, und wann es endgültig gebilligt wird, steht in den Sternen.

Im November riefen die Botschafter der G7-Länder die ukrainische Führung auf, das neue Wahlgesetz mindestens ein Jahr vor den Abstimmungen von 2019 zu verabschieden. Der Politologe Alexej Jakubin verwies darauf, dass der Westen gleichzeitig auf die Veränderung des Wahlgesetzes und die Neuernennung der Zentralen Wahlkommission bestanden habe und die Situation in diesem Bereich aufmerksam verfolge.

Mittlerweile zeugen Umfragen davon, dass die Ukrainer kaum noch Vertrauen zu den Machthabern haben. Die jüngste gemeinsame Studie von gleich drei soziologischen Forschungszentren ergab nämlich, dass 78 Prozent der Menschen der Werchowna Rada misstrauen, 75 Prozent dem Staatsapparat im Allgemeinen, 71 Prozent den Parteien, 65 Prozent der Regierung und 60 Prozent dem Präsidenten.

Was einzelne Politiker angeht, so glauben 81 Prozent dem Ex-Premier und Vorsitzenden der Partei „Volksfront“, Arseni Jazenjuk, nicht; je 75 Prozent haben kein Vertrauen zu Innenminister Arsen Awakow, dem Sekretär des Sicherheitsrats, Alexander Turtschinow, und Generalstaatsanwalt Juri Luzenko; der Parlamentsvorsitzende Andrej Parubi liegt in der Missgunst von 72 Prozent der Ukrainer. Präsident Petro Poroschenko glauben 62 Prozent der Mitbürger nicht.

Nicht gerade besser sieht die Situation auch für die Oppositionspolitiker aus: Bei je „minus 58 Prozent“ liegen der Vorsitzende des Oppositionsblocks, Juri Boiko, und der Ex-Gouverneur des Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili; 53 Prozent der Befragten glauben Julia Timoschenko nicht, 43 Prozent dem Bürgermeister von Lwow und Parteichef von „Samopomoschtsch“ („Selbsthilfe“), Andrej Sadowy, 61 Prozent der Abgeordneten und Ex-Militärpilotin Nadeschda Sawtschenko.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31790/78/317907805.jpg>

de.sputniknews.com: „Keine Beweise für Russlands Einmischung in Brexit“ – Twitter
Das Sozialnetzwerk Twitter verfügt über keine Beweise, dass Russland sich in das Brexit-Referendum eingemischt hat. Das geht aus einem Brief der Firma an den Ausschuss für digitale Technologien, Kultur, Sport und Medien im House of Commons (Unterhaus) hervor, der der Agentur RIA Novosti vorliegt.

Twitter-Vertreter sollen Accounts in der Datenbank untersucht haben, die die Londoner City University sammelte. Nur ein Prozent von ihnen sei in Russland registriert worden.

„Obwohl viele dieser Seiten die Regeln von Twitter, die Spam betreffen, verletzen, haben wir derzeit keine ausreichend glaubwürdigen Beweise, die sie mit Russland oder der Agentur von Internet-Recherchen verbinden lassen“, hieß es.

Der Ausschuss sei mit der Antwort von Twitter nicht zufrieden. Sie löse weitere Fragen aus. Twitter und Facebook hatten der britischen Wahlkommission einen Bericht zur Verfügung gestellt. Darin sei von einer durch russische Strukturen bezahlten Werbung die Rede gewesen. Facebook habe mitgeteilt, dass für die „russische“ Werbung, die die britischen User im Zuge der Brexit-Abstimmung betroffen haben, weniger als ein Dollar ausgegeben worden sei. Twitter teilte mit, dass der TV-Sender RT für Werbung 1.000 Dollar ausgegeben habe. Im Westen scheint es inzwischen zu einer Tradition geworden zu sein, Russland für alle Probleme oder ungeahnten Folgen von Ereignissen zum Sündenbock zu machen. So wird Moskau unter anderem die Einmischung in die US-Präsidentenwahl, die Beeinflussung des Brexit-Referendums sowie der Unabhängigkeits-Volksabstimmung in Katalonien vorgeworfen.

Vormittags:

armiyadnr.ru: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **sechsmal** das Regime der Feuertätigkeit verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Der Gegner hat 120mm- und 82mm-Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern, großkalibrige Schusswaffen verwendet. Gestern wurden die Positionen der Einheiten der Streitkräfte der DVR im Gebiet von

Werchnetorezkoje von Seiten des Gegners heftig mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden mehr als 50 Granaten abgeschossen. In der Folge des Feuers der ukrainischen Streitkräfte **starben zwei Soldaten der Streitkräfte der DVR, ein Verteidiger der Republik erlitt Verletzungen, an denen er in einer medizinischen Einrichtung starb.** Geschossen wurde vom nordöstlichen Teil von Werchnetorezkoje von den Positionen der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte aus.

de.sputniknews.com: Syrische Armee entdeckt europäische Waffen bei Terroristen
Die syrische Armee hat bei den bei Al-Tanf eliminierten Terroristen moderne Geräte für die elektronische Kampfführung aus europäischer Produktion entdeckt, wie das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien mitteilte.

„Bei der Durchsuchung des Eliminierungsorts der Kämpfer durch syrische Milizen wurden Geräte für elektronische Kampfführung (für die Störung sowie eine Funkbasisstation) aus europäischer Produktion, eine große Zahl Munitionseinheiten für Schützenwaffen und Literatur der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) entdeckt“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Zudem wurden demnach in Autos Flaggen und Embleme der „oppositionellen“ Gruppierung „Kräfte von Shahid Ahmad Abdu“ gefunden, deren Kämpfer in einem Trainingslager bei Al-Tanf unter der Leitung von Trainern der US-Sondereinheiten zur „Neuen Syrische Armee“ ausgebildet werden.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 6. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 172.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 381.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: So viele Spionageflieger vor russischer Grenze geortet – Verteidigungsministerium

Das russische Verteidigungsministerium hat die Zahl der ausländischen Militärflugzeuge, die in der vergangenen Woche vor den russischen Grenzen spioniert haben sollen, bekanntgegeben. Dies berichtete die offizielle Zeitung des Ministeriums „Krasnaja Swesda“ am Freitag.

Wie aus einer von der Zeitung veröffentlichten Infografik hervorgeht, haben diese Woche bereits zehn ausländische Militärflugzeuge vor den russischen Grenzen spioniert. Daher seien drei Mal russische Jagdflieger für Abfangmanöver von ausländischen Aufklärungsflugzeugen nahe den Landesgrenzen in die Luft aufgestiegen.

Vor den westlichen russischen Grenzen sollen fünf Mal ausländische Militärflugzeuge spioniert haben, vier Mal vor den südwestlichen Grenzen und ein Mal vor den nördlichen. Der Luftraum Russlands sei dabei nicht verletzt worden, so die Zeitung.

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

de.sputniknews.com: Trump versuchte Russland-Sonderermittler Mueller zu feuern – Medien
US-Präsident Donald Trump hat im Juni 2017 die Entlassung des Sonderermittlers zur Russland-Affäre, Robert Mueller, angeordnet. Dies berichtet die Zeitung „The New York Times“ unter Berufung auf vier anonyme Quellen.

Der Rechtsberater des Weißen Hauses, Donald McGahn, soll dem Blatt zufolge dem US-Staatspräsidenten davon abgeraten haben, weil sich dies sonst „katastrophal“ auf Trumps Präsidentschaft ausgewirkt hätte.

Auch „Politico“ bestätigte unter Berufung auf eine mit der Situation vertraute Quelle, dass Trump Mueller entlassen wollte und McGahn den US-Präsidenten von der Idee abbrachte. McGahn soll Trump mit seiner Amtsniederlegung gedroht haben.

„The New York Times“ zufolge sah Trump drei Interessenkonflikte, die gegen Mueller als Sonderermittler sprachen. Erstens, soll Mueller wegen eines Streits um Mitgliedsbeiträge seine Mitgliedschaft im Golfclub des US-Präsidenten beendet haben. Er habe zudem in einer Anwaltskanzlei gearbeitet, die Trumps Schwiegersohn Jared Kushner vertreten hatte. Drittens, sei Mueller am Tag vor seiner Ernennung zum Sonderermittler für eine mögliche erneute Leitung des FBI befragt worden.

Zuvor war bekannt geworden, dass zwei zu Mueller kommandierte FBI-Agenten, Peter Strzok und Lisa Page, SMS ausgetauscht haben sollen, in denen sie den Präsidenten als „Idioten“ bezeichnet haben sollen. Das FBI habe diese SMS-Korrespondenz, die über 50.000 Nachrichten umfasst, aber verloren. Strzok war im vergangenen Juli von der Ermittlung zu den Moskau-Kontakten abbestellt worden. Page hatte davor selbst das Team des FBI-Sonderermittlers Robert Mueller verlassen.

McGahn war einer der führenden Anwälte in Trumps Wahlkampfteam. Als Rechtsberater des Weißen Hauses ist er den US-Präsidenten und das Weiße Haus betreffende juristische Fragen zuständig.

Der frühere FBI-Chef Mueller war im Mai vom Justizministerium zum Sonderermittler ernannt worden. Er untersucht, ob es im US-Wahlkampf illegale Absprachen zwischen Trumps Team und der russischen Regierung gegeben hat.

de.sputniknews.com: An syrischer Grenze: Türkei-Einsatz gegen Kurden geht weiter
Die türkischen Streitkräfte setzen die am 20. Januar eingeleitete Operation „Olivenzweig“ gegen die Kurden in Afrin fort.

Am 20. Januar hatte der türkische Generalstab die Militäroperation „Olivenzweig“ angekündigt. Sie ist gegen kurdische Einheiten in der syrischen Stadt Afrin gerichtet, die von den USA unterstützt und von der Türkei als terroristische Organisation eingestuft werden. Die türkischen Truppen werden dabei von der oppositionellen „Freien syrischen Armee“ unterstützt.

Damaskus verurteilte die türkischen Aktivitäten in Afrin entschieden. Afrin sei ein untrennbarer Teil Syriens, hieß es. Moskau rief in diesem Zusammenhang alle betroffenen Parteien zu Rückhalt und Respekt vor der territorialen Integrität Syriens auf.

de.sputniknews.com: USA in Bildung „bewaffneter Opposition“ in Syrien involviert – Versöhnungszentrum

In Syrien wird in nächster Zeit ein Durchbruch von Kämpfergruppen aus der von den USA kontrollierten Zone von Al-Tanf in Richtung Norden und Nordosten erwartet. Dies teilte das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien mit.

„Laut Angaben von syrischen Flüchtlingen, denen es gelingt, die von den USA kontrollierte Zone von Al-Tanf zu verlassen, wird in nächster Zeit ein Durchbruch von anderen Kämpfergruppen aus dem Gebiet von Al-Tanf in Richtung Norden und Nordosten erwartet“, heißt es in der Mitteilung.

Das Hauptziel der Terrorgruppen sei es demnach, „Sabotage- sowie Terrorakte in den Provinzen Damaskus, Homs und Deir ez-Zor zu unternehmen, um zu fesseln und die Kräfte der syrischen Armee auf sich zu ziehen, die mit der Vernichtung des ‚Kessels‘ der Terroristen der ‚Dschabhat an-Nusra‘ (Al-Nusra-Front) in der Provinz Idlib beschäftigt sind“.

„Diese Fakten veranschaulichen die reale Involviertheit der USA in die Vorbereitung und Formierung“ einer „bewaffneten Opposition“, die aus den durch syrische Truppen zerschlagenen Pro-IS-Gruppierungen aller Arten bestehe. Diese solle von den USA kontrolliert werden und ihr Ziel sei es, den Friedensprozess in Syrien zu behindern.

Laut dem russischen Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien hat am 24. Januar die syrische Militärpatrouille bei Al-Tanf zwei Geländewagen und fünf Terroristen in Syrien vernichtet.

Ukrinform.ua: In Dubai soll sich heute Volker mit Surkow treffen.

Der Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten für die Ukraine, Kurt Volker, hat in einem Interview mit radiosvoboda.org über die Pläne für das bevorstehende Treffen mit dem Assistenten des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladislaw Surkow, am Freitag, dem 26. Januar, in Dubai (VAE) berichtet.

„Ich hoffe, die Vision der Vereinigten Staaten darüber zu vermitteln, was wir tun können, um das Ende des Konflikts zu beschleunigen. Dies wird von Russland eine Entscheidung über den Abzug seiner Truppen erfordern. Und die Kräfte, die dort kontrolliert werden, müssen endlich aufgelöst werden“, so Volker.

Zur gleichen Zeit sagte er, dass sich die Parteien während dieses Treffens vermutlich nicht einigen können. „Ich glaube nicht, dass wir uns bei diesem Treffen einigen werden, aber ich denke, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, welche Erwartungen wir haben. Ich will natürlich auch hören, was Herr Surkow seinerseits sagen wird“, sagte er.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/thumb_files/630_360_1516899264-3498.jpg

de.sputniknews.com: Moskau warnt vor Auflösung der Chemiewaffen-Nichtverbreitungsregime

Das Nichtverbreitungsregime der chemischen Waffen ist laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow unter Bedrohung. Einige Vereinbarungen der Konferenz zur Ächtung von Chemiewaffen, die in Paris am 23. Januar stattgefunden hat, widersprechen dem Diplomaten zufolge der UN-Charta.

„Von den realen Absichten der Veranstalter der ‚freiwilligen Partnerschaft‘ zeugt die in Paris erreichte politische ‚Verständigung‘ über die Sammlung von Information über ‚Einzel- und Rechtspersonen, Organisationen und Regierungen‘, die des Einsatzes chemischer Waffen schuldig sind, damit gegen sie auf nationaler und übernationaler Ebene Sanktionen verhängt würden“, kommentierte Rjabkow die Ergebnisse des Treffens. Der Kommentar wurde auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht.

Dies alles widerspreche den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen, der UN-Charta sowie den Methoden der Tätigkeit des UN-Sicherheitsrates, betonte Rjabkow.

„Die Rede ist tatsächlich von einem Versuch, die Funktionen der Chemiewaffenkonvention und des UN-Sicherheitsrates zu ersetzen. Es entsteht eine Bedrohung, dass das internationale Nichtverbreitungsregime aufgelöst wird“, so der russische Vizeaußenminister.

Der Ton des Treffens war laut Rjabkow antirussisch. Russland sei zum Treffen nicht eingeladen und das Treffen sei außerdem geheim vorbereitet worden. Die verbalen Angriffe auf Russland und Syrien bei dem Treffen seien über den Rahmen der Berufsethik und der Formen hinausgegangen.

Der Diplomat betonte auch, alle Vorwürfe, dass Moskau und Damaskus für Chemiewaffenattacken in Syrien verantwortlich sein sollen, unbewiesen seien. Gleichzeitig fänden im Nahen Osten mit Duldung des Westens „Rückfälle des chemischen Terrorismus“ statt.

Der Vizeaußenminister hat auch alle Unterzeichnerstaaten der Chemiewaffenkonvention aufgerufen, politischen Willen und politische Weisheit zu zeigen. Man solle dem Diktat derjenigen, die die Regierung in Damaskus dämonisieren wollen, nicht nachgeben. Das Ziel dieser Partnerschaft bestehe darin, im UN-Sicherheitsrat und in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen die Entscheidungen gegen Syrien durchzuschieben, so Rjabkow. Außerdem hat der Diplomat den USA vorgeworfen, dass sie den Termin der vollen Vernichtung ihres Chemiewaffenarsenals aufschieben würden. Washington verfüge mit über 2500 Tonnen Vergiftungsmaterialien jetzt über die weltgrößten Chemiewaffen-Bestände. Die Konferenz zur Ächtung von Chemiewaffen hatte am 23. Januar in Paris stattgefunden. Am Rande der Konferenz haben 24 Staaten, die an der Konferenz teilnahmen, eine internationale Partnerschaft gegen die Straflosigkeit bei Chemiewaffeneinsätzen gegründet. US-Außenminister Rex Tillerson hatte beim Treffen Russland für Chemiewaffenattacken in Syrien verantwortlich gemacht. Das russische Außenministerium hat diese Vorwürfe als „eine massive propagandistische Attacke“ verurteilt.

Dnr-news.com: Volker: „Die Menge von Javelin in der Ukraine ist nicht vergleichbar mit der Anzahl der Panzer im Donbass“

Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine Kurt Volker erklärte, dass der Umfang der Lieferung von amerikanischen Waffen in die Ukraine „nicht zu vergleichen ist mit der Anzahl der russischen Panzer im Donbass“. Dies sagte er in einem Interview mit BBC.

„Wir haben der Ukraine Verteidigungswaffen angeboten. Zum Beispiel Panzerabwehrwaffen. Sie können nur verwendet werden, wenn man mit Panzern angegriffen wird. Und der Umfang der Lieferungen ist sehr gering im Vergleich zur Anzahl der Panzer, die Russland im Osten der Ukraine stationiert hat“, sagte der US-Sonderbeauftragte.

„Die Ukraine als unabhängiges Land hat das Recht sich vor Aggression zu schützen. Und sie hat das Recht, sich Unterstützung bei anderen Ländern zu suchen, um die Lücken in ihrer

Verteidigung zu schließen. Und Kiew hat solche Lücken. Die USA und andere Länder helfen, diese zu schließen“, sagte Volker.

de.sputniknews.com: „Schock von Sanktionen bewältigt“: Moody's erhöht Russlands Rating-Ausblick

Die internationale Rating-Agentur Moody's hat den Rating-Ausblick für Russland von „stabil“ auf „positiv“ geändert. Das Rating für Staatsanleihen Russlands bestätigte Moody's auf der Bewertungsebene „Ba1“.

Als einer der Gründe nennt die Agentur „die Institutionskraft“, die es der russischen Makroökonomik ermöglicht habe, den Schock vom Rückgang der Ölpreise und von den gegen das Land verhängten Sanktionen zu bewältigen. Russland sei zudem für die äußeren Umbrüche weniger anfällig geworden.

„Der positive globale Hintergrund, die Verlängerung der Vereinbarung über die Drosselung der Ölförderung bis Ende 2018 sowie der weitere Anstieg der realen Löhne und der Beschäftigung der Bevölkerung zeugen davon, dass der Zuwachs der russischen Wirtschaft im laufenden Jahr auf dem gleichen Tempo wie 2017 bleibt oder sogar beschleunigt wird (...)“, verlautete es aus Moody's.

Dnr-online.ru: Interview mit dem Bürgermeister des frontnahen Gorlowka Iwan Prichodko „Die Heizsaison läuft normal, alle 137 Heizwerke funktionieren. Das gilt auch für Golmowskij. Dort stehen vier Generatoren bereit, deshalb funktioniert dort die Heizung auch, wenn der Strom ausfällt“, erklärte der Bürgermeister von Gorlowka.

Hauptproblem bleiben die nicht endenden Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, in deren Folge städtische Heizwerke regelmäßig von Stromausfall betroffen sind. Dennoch werden selbst bei schlechten Wetterbedingungen diese Fragen operativ gelöst. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Bürgermeister den Versorgungssystemen. „Mehr als 80% der Wasserversorgungsnetze in der Republik müssen ausgetauscht werden. Dieses Problem hat sich über Jahrzehnte angestaut, bei der Ukraine wurden die Leitungen praktisch nicht ersetzt. Grundlegende Reparaturen wurden nicht vorgenommen. Und jetzt ernten wir die Früchte“, sagte er.

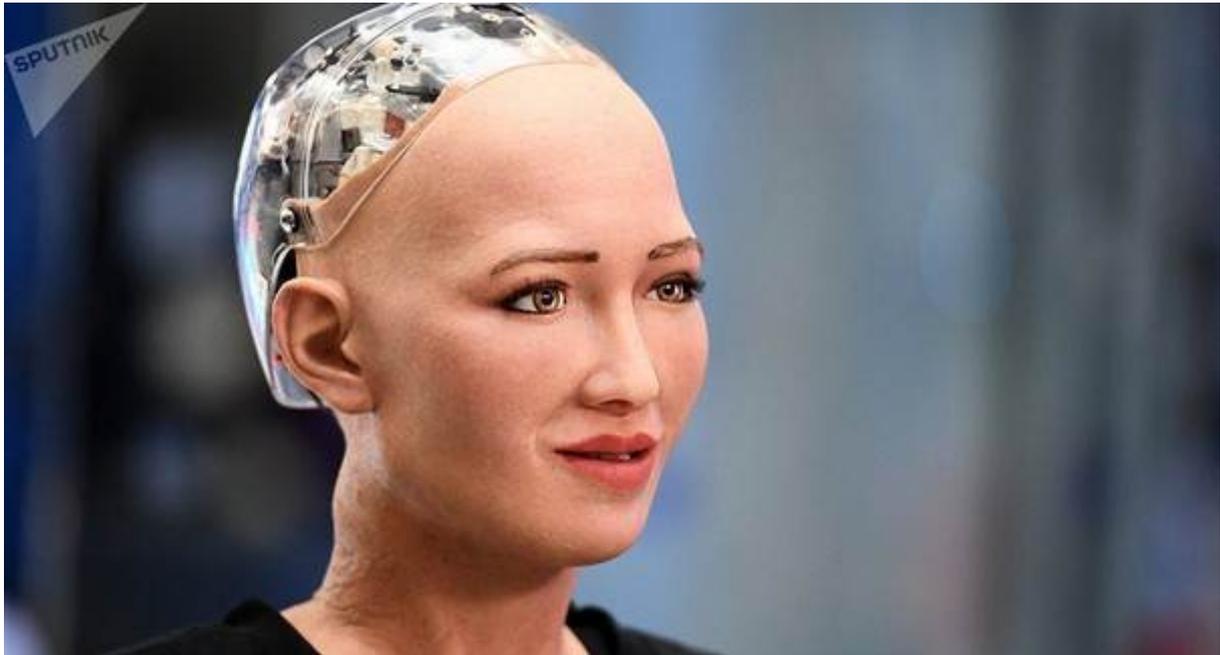
„Beim Volkssowjet wurde eine Kommission geschaffen, jeder frontnahen Ortschaft wurden Abgeordnete zugeteilt. Sie waren in allen Ortschaften persönlich – das sind Stawki, Golmowskij, Dolomitnoje und weitere. Heute bringen wir Kohle nach Michajlowka. Und ich kann sagen, dass nachdem sich die Abgeordneten eingeschaltet haben, wir einige Erleichterungen spüren, es ist gelungen eine Reihe von Fragen zu lösen. Das betrifft besonders die Frage der Kohle“, sagte Prichodko.

de.sputniknews.com: Selbst Roboterfrau Sophia kann ukrainische Korruption nicht bekämpfen

Roboterfrau Sophia ist beim Wirtschaftsforum in Davos ausgefallen, als sie nach dem Weg zur Bekämpfung der Korruption in der Ukraine gefragt wurde. Dies gab die Abgeordnete der Werchowna Rada (Parlament), Aljona Schkrum, auf ihrer Facebook-Seite bekannt.

„Beim höchst fortgeschrittenen Roboter der Welt, Sophia, wurde nach der Frage ‚Was soll gegen die Korruption in der Ukraine unternommen werden?‘ der Script unterbrochen; der Prozessor blieb hängen“, schrieb Schkrum. Dies könne der Abgeordnete der Werchowna Rada, Oleksiy Mushak, der im Ukrainischen Haus in Davos bei diesem Gespräch anwesend gewesen sei, bestätigen.

Die von dem Hongkonger Unternehmen Hanson Robotics entwickelte Roboterfrau namens Sophia war Ende Oktober 2017 bei der Konferenz „Future Investment Initiative“ vorgestellt worden. Später verlieh Saudi-Arabien dem Roboter die Staatsbürgerschaft.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31790/84/317908489.jpg>

de.sputniknews.com: THAAD-System in Südkorea: Alle Komponenten stationiert –
Russlands Botschafter

Alle Komponenten des US-Raketenabwehrsystems THAAD sind nach Angaben des russischen Botschafters in Seoul, Aleksandr Timonin, bereits in Südkorea stationiert. In einem Interview für RIA Novosti sprach er außerdem davon, dass es keine Garantien gebe, dass diese Komplexe nur von südkoreanischen Militärs gelenkt werden.

„Was die Stationierung des US-Raketenabwehrsystems THAAD in Südkorea angeht, sind, soweit wir wissen, alle sechs Komponente dieser Antiraketenbatterie bereits auf dem Territorium Südkoreas stationiert“, sagte der Botschafter. „Dabei gibt es keine ‚Garantien‘, dass diese Komplexe nur von südkoreanischen Militärs gelenkt werden.“

Er fügte hinzu, der Aufbau der US-Militärpräsenz auf der koreanischen Halbinsel falle aus den Rahmen der Aufgabe zur Eindämmung der „nordkoreanischen Bedrohung“.

Im Juli 2016 hatten Washington und Seoul nach fünfmonatigen Verhandlungen vereinbart, das US-amerikanische Raketenabwehrsystem THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) in Südkorea zu stationieren. Dieses soll Kurz- und Mittelstreckenraketen in großen Höhen abfangen. Seine Reichweite beträgt knapp 200 Kilometer.

China und Russland treten gemeinsam gegen die Stationierung von THAAD in Südkorea auf, denn es unterminiere die strategischen Interessen beider Länder. Japan hatte die THAAD-Stationierung gelobt, sie werde zur „Stabilität in der Region“ beitragen.

Nachmittags:

[ukrinform.ua: Freeland: Kanada unterstützt die Ukraine.](#)

[Kanada sei standhaft bei Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggression, twitterte die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland.](#)

[Freeland fügte auch hinzu, sie habe gern an „Ukrainian Breakfast“ in Davos teilgenommen.](#)

[armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin](#)

In den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung weiter. In der letzten Woche fanden mit dem Personal von Panzereinheiten taktische Übungen zur Koordination im Kampf und zum Übergang eines Panzerbataillons zu aktiver flexibler Verteidigung statt. Gemeinsam mit anderen militärischen Behörden der Republik wurden Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners durchgeführt. Ich wende mich an die Einwohner der DVR: seien Sie wachsam und halten Sie die Sicherheitsmaßnahmen beim Aufenthalt an öffentlichen Orten ein. Bei Entdeckung verdächtiger Personen oder Gegenständen benachrichtigen Sie den zuständigen Dienst der Stadt, die Kommandantur oder die Rechtsschutzorgane.

In den letzten 24 Stunden wurden **sechs Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starben drei Verteidiger der Republik.**

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 45 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt und 21 Artilleriegeschosse und 250 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **zwölf Ortschaften der Republik** beschossen.

Durch die Beschüsse der ukrainischen Truppen **starb ein friedlicher Einwohner, sechs wurden verletzt**, acht Häuser in Dokutschajewsk, darunter ein Kindergarten, und vier Häuser in Sachanka wurden beschädigt.

In der letzten Woche starben vier Soldaten bei der Verteidigung unserer Republik, **drei wurden verletzt, einer wurde gefangen genommen.**

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben sich durch weitere Verbrechen gegenüber der friedlichen Bevölkerung hervorgetan. Das ukrainische Kommando seinerseits hat sich das Ziel gesetzt, wichtige Lebenserhaltungsobjekte der Republik außer Betrieb zu setzen. So wurde am 21. Januar in Wasiljewka die Pumpstation des Jushno-Donbasskij-Wasserwerks beschossen.

Auch Ortschaften wurden regelmäßig beschossen, in der Folge gab es leider Opfer unter den zivilen Einwohnern. Am 21. Januar geriet in Jelenowka ein Reisebus unter das Feuer der ukrainischen Streitkräfte. In der Folge des Beschusses starb ein Mensch und ein Bürger unserer Republik wurde verletzt.

Am 22. Januar wurde Dokutschajewsk beschossen, wo fünf friedliche Einwohner unterschiedlich schwer verletzt wurden.

In beiden Fällen wurde von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Klotschkow aus geschossen. Es ist bemerkenswert, dass diese Einheit vor kurzem im Rahmen der Rotation an den Frontpositionen eingetroffen ist und es ihr bereits gelungen ist, sich durch eine Kette von blutigen Verbrechen hervorzutun.

Ich will auf die Ereignisse im Jahr 2016 eingehen, als im Gebiet des Kontroll- und Passierpunkts „Majorsk“ ein friedlicher Einwohner starb. Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat über die kontrollierten ukrainischen Massenmedien die Streitkräfte der DVR dieser Beschüsse beschuldigt und in jeglicher Weise versucht, die Schuld für die Tat von sich abzuwälzen. Alles entwickelte sich nach dem eingespielten ukrainischen Szenario, Erklärungen der Vertreter des Stabs der ATO, provokante Überschriften in ukrainischen Massenmedien, in denen wir des Verbrechens beschuldigt wurden. Und im Endergebnis wurde ein Soldat der 45. Luftlandbrigade der ukrainischen Streitkräfte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. In den Fällen der Beschüsse am 21. und 22. Januar wird es dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte auch nicht gelingen, der Verantwortung zu entgehen. Vertreter der OSZE-Mission haben bereits festgehalten, dass der Beschuss des Busses bei Jelenowka von den ukrainischen Positionen aus erfolgt ist, was in dem täglichen Bericht der

Mission vom 22. Januar 2018 zum Ausdruck kommt. Alle Materialien zu diesen Verbrechen wurden auch der Leiterin der UN-Mission für Menschenrechte Fiona Frazer übergeben. Wir haben mehrfach erklärt, dass die Fälle zunehmen, dass Militär- und Transporttechnik der ukrainischen Streitkräfte auf Sprengeinrichtungen geraten. Die Zahl der Verluste durch Sprengleinrichtungen hat solche Ausmaße erreicht, dass das Kommando der ATO die Anweisung ausgegeben hat, zusätzliche Maßnahmen zur Entminung von Örtlichkeiten in der Nähe von provisorischen Stationierungspunkten des Personals der untergeordneten Einheiten durchzuführen.

Aber solche Maßnahmen führen nicht zu einer wesentlichen Verringerung der Zahl der nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal der ukrainischen Streitkräfte. Ein weiterer Fall wurde in einer Panzerkompanie der 59. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Mariupol festgestellt, wo der Oberfeldwebel I.F. Schewtschuk dem Gefreiten O.W. Koslow eine Schusswunde zufügte. Zu diesem Fall führt das Brigadekommando eine dienstliche Ermittlung durch.

Außerdem haben wir festgestellt, dass im Zeitraum der Rotationsmaßnahmen des 24. Sturmbataillons „Ajdar“ und der 28. mechanisierten Brigade, die die ATO-Zone verließen, von Funktionsträgern des militärischen Rechtsordnungsdienstes an den Ladestationen etwa 10.000 Stück nicht erfasste Munition verschiedenen Kalibers entdeckt wurde, die für den Transport in die Ukraine vorgesehen waren, um sie zu unterschlagen und zu verkaufen. Und wie viele Züge mit Munition die ATO-Zone unbemerkt verlassen haben, kann man nur raten. Diese Fälle zeugen von der anhaltenden Zunahme des Munitionsschmuggels durch ukrainische Soldaten und der deutlichen Verschärfung der kriminalitätsfördernden Lage in der Ukraine.

Zum Abschluss möchte ich den Einwohnern unserer Republik versichern, dass wir bereit sind, bei allen Versuchen der ukrainischen Seite, die Lage zu destabilisieren und die Kämpfe entlang der Kontaktlinie zu aktivieren, den Aggressor angemessen abzuwehren. Zweifeln Sie nicht! Sie befinden sich ständig unter zuverlässigem Schutz.

de.sputniknews.com: Trump will Dialog mit Russland – Kreml reagiert

Die vom US-Präsidenten Donald Trump in Davos geäußerte Hoffnung auf die Wiederaufnahme des Dialogs mit Russland stimmt laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mit der vom russischen Staatschef Wladimir Putin dargelegten Position komplett überein. „Das stimmt mit der Position komplett überein, die der russische Präsident Wladimir Putin mehrmals vorgebracht hat“, sagte Peskow gegenüber Journalisten am Freitag. Damit reagierte Kreml-Sprecher auf die Bitte, Trumps Äußerung beim 48. Weltwirtschaftsforum in Davos zu kommentieren.

Zuvor war berichtet worden, dass der US-Präsident am Rande des Wirtschaftsforums in Davos die Hoffnung geäußert hatte, dass der Dialog zwischen Moskau und Washington wiederaufgenommen werde. „Wir hoffen darauf“, sagte Trump.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31826/80/318268005.jpg>

Dnr-online.ru: Um die soziale Spannung in der frontnahen Zone zu verringern und die Zugänglichkeit der Postdienstleistungen für die Bevölkerung zu erhöhen, hat heute, am 26. Januar, das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ eine Filiale in Krasnyj Partisan eröffnet. Die Filiale wird das vollständige Spektrum der Dienstleistungen für die mehr als 800 Einwohner der Ortschaft anbieten, darunter auch den Verkauf von Startpaketen für den Mobilfunkanbieter Phönix.

An der feierlichen Eröffnung nahmen der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko, der Generaldirektor von „Post des Donbass“ Denis Neudatschin und der Leiter der Verwaltung des Jasinowataja-Bezirks Oleg Morgun teil.

„Im Rahmen unseres Programms zur Eröffnung von Postfilialen in der frontnahen Zone wurde heute eine Filiale in Krasnyj Partei im Jasinowataja-Bezirk eröffnet. Hier leben nicht so viele Einwohner, aber wir halten es für wichtig, dass in jeder Ortschaft unserer Republik eine Filiale ist, wo unsere Bürger alle notwendigen Zahlungen durchführen, elektronische Börsen auffüllen können, Mobilfunkkarten auffüllen können und natürlich ein Phönix-Startpaket kaufen. Die Unterstützung von Seiten der örtlichen Behörden ist riesig und deshalb haben wir fristgerecht die Filiale eröffnen können“, unterstrich Wiktor Jazenko.

Am 26. November eröffneten dank der Unterstützung des Oberhauptes der DVR in Krasnyj Partisan auch ein Krankenpflege- und Geburtshilfepunkt und die renovierte Schule. Die Eröffnung besuchten die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa, der Leiter der Verwaltung des Jasinowataja-Bezirks und der Abgeordnete des Volkssowjets Jurij Pokintelniza.

„Im Namen der Verwaltung von Jasinowataja und aller Einwohner will ich dem Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko danken, der die problematischen Fragen von Krasnyj Partisan unter Kontrolle hält, es wurden viele Mittel zum Wiederaufbau der Schule und zur Eröffnung des Krankenpflege- und Geburtshilfepunkts zugewiesen, obwohl in der Republik aktive Kämpfe stattfinden. Außerdem werden in diesem Jahr etwa 10 km Wasserleitung verlegt, um den Ort mit Trinkwasser zu versorgen, außerdem eine Kläranlage. Außerdem hat das Oberhaupt der DVR Mittel zum Kauf von Baugeräten zugewiesen, die benötigt werden, um Krasnyj Partisan vollständig in Ordnung zu bringen“, unterstrich Oleg Morgun....

de.sputniknews.com: Moskau reagiert auf britische Warnungen vor „Panik und Chaos“ durch Russland

Das russische Verteidigungsministerium hat am Freitag die jüngste Erklärung des britischen Verteidigungschefs Gavin Williamson über „aggressive Pläne Russlands“ kommentiert. Laut dem Sprecher des Ministeriums, Igor Konaschenkow, hat Williamson „das Verständnis für die Grenzen der Vernunft verloren“.

„Gavin Williamson hat in seinem flammenden Kampf um Geldscheine aus dem Verteidigungsbudget offensichtlich das Verständnis für die Grenzen der Vernunft verloren“, sagte Konaschenkow gegenüber Journalisten.

Die Erklärung von Williamson kommentierte am Freitag auch der russische Sicherheitspolitiker Juri Schwytkin.

„Die Fantasie von Menschen wie der britische Verteidigungsminister kennt keine Grenzen. Man tut dies, um zu zeigen, dass es angeblich eine Aggression seitens Russlands gibt, denn sie wollen damit die Strategie rechtfertigen, die sie jetzt ausarbeiten und die offensiv sein soll“, sagte Schwytkin, Vizechef des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), gegenüber dem russischen Sender RT.

Der Abgeordnete erinnerte daran, dass Williamson im Vorfeld der Überprüfung der britischen Verteidigungspolitik von einer „russischen Bedrohung“ gesprochen habe.

„Man lobbyiert den militärisch-industriellen Komplex. Man versucht, unter den britischen Bürgern Angst vor unserem Land zu säen. Man hat doch eine ernste Situation mit dem Austritt aus der EU“, so der Politiker.

Zuvor hatte der britische Verteidigungsminister in einem Interview für die Zeitung „The Telegraph“ erklärt, Russland könne Großbritanniens lebenswichtige Infrastruktur vernichten und damit „Panik und Chaos“ im Land verursachen.

Dnr-online.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko zu Falschmeldungen über eine Mobilisierung in der DVR

In ukrainischen Massenmedien wird ein weiteres Mal die Frage erörtert, dass in der Republik eine Einberufung von Männern zum Militärdienst stattfindet. Dabei beziehen sich die Propagandisten auf meinen Erlass Nr. 197.

Diese Information ist ein weiterer Fake.

Am 25. Januar haben in der DVR in den Einheiten der Streitkräfte der DVR planmäßige Übungen von Bürgern, die im Rahmen von Reserveformationen der Armee der Republik in Reserve sind, begonnen.

Wenn man den Erlass, auf den sich die ukrainischen Propagandisten beziehen, liest, so steht dort deutlich, dass entsprechend dem Dokument Einberufungskommission gebildet werden, die den Status unserer Bürger, die der Einberufung zum Militärdienst unterliegen, prüfen sollen. Es geht um Zurückstellungen, Freistellung von der Einberufung oder Einreihung in die Reserve. Von Mobilisierung ist im Erlass Nr. 197 kein Wort zu finden.

Entsprechend diesem Dokument muss der Militärkommissar der DVR Rechenschaft über die durchgeführte Arbeit ablegen, diese Informationen werden in der nächsten Zeit veröffentlicht werden.

Ich wiederhole, bis jetzt findet keinerlei Mobilisierung statt. Nur Übungen von Reservisten. An den Übungen werden Vertreter aller Einheiten der Truppen der Armee der DVR teilnehmen.

Zum Abschluss der planmäßigen Übungen werden die Ergebnisse zusammengefasst und die besten Reservisten ausgezeichnet.

de.sputniknews.com: Exportiert Russland heimlich nordkoreanische Kohle? – Kremlsprecher

klärt auf:

Aus mehreren westlichen Geheimdienstquellen sind Meldungen über einen heimlichen Weiterverkauf nordkoreanischer Kohle durch Russland an andere Staaten unter Umgehung der UN-Sanktionen aufgetaucht. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow sowie andere russische Politiker haben nun auf diese Anschuldigungen reagiert.

Laut dem Kremlsprecher sind diese Anschuldigungen aus undurchsichtigen Quellen eine eindeutige Provokation.

Bisher gebe es weder irgendwelche Beweise noch Anschuldigungen seitens offizieller Stellen wegen angeblicher Verletzungen der UN-Sanktionen.

„Wir hören keine offiziellen Stellungnahmen hierzu. Russland ist ein verantwortungsbewusstes Mitglied der Uno, das die internationalen Regelungen einhält“, betonte Peskow.

Dem stimmte auch Wladimir Dschabarow, Vizechef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Oberhaus), zu.

Diese Meldungen würden auf keiner ernsthaften Beweislage basieren und seien von den USA inspiriert. Der Grund sei dabei die Tatsache, dass Washington sichtbar unglücklich über die voranschreitende Annäherung zwischen Nord- und Südkorea sowie die allgemeine Entspannung rund um die koreanische Halbinsel sei.

Washington sei nämlich an einer Deeskalation schlichtweg nicht interessiert.

„Das hängt mit dem begonnenen Dialog zwischen Pjöngjang und Seoul zusammen.

Washington ist absolut nicht an diesem Dialog interessiert (...). Daher kommen die Versuche der USA, den Druck auf Pjöngjang auszubauen und Seoul zu verschrecken“, erklärte Dschabarow.

Einführen von Kohle aus Nordkorea würden zudem auf keiner logischen Grundlage basieren, da Russland selbst Kohle in Übermengen besitze und nicht wisse, „wohin damit“.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters Meldungen von nicht näher genannten Quellen aus westlichen Geheimdienstkreisen verbreitet, Nordkorea verkaufe über Russland Kohle weiter nach Südkorea und Japan, was eine Verletzung der UN-Sanktionen wäre.

Die Situation auf der koreanischen Halbinsel verschlechterte sich im Jahr 2017 dramatisch, nachdem Nordkorea eine Reihe von Raketenstarts sowie einen Atomtest durchgeführt hatte. Im Dezember verhängte der UN-Sicherheitsrat neue internationale Sanktionen gegen das Land.

Dennoch hatte es zuletzt signifikante Fortschritte in den Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea gegeben, nachdem die beiden Staaten den direkten Dialog wieder aufgenommen haben.

Pjöngjang und Seoul einigten sich unter anderem auf den gemeinsamen Einmarsch ihrer Sportler bei den Olympischen Spielen 2018, ein gemeinsames Frauen-Eishockeyteam bei diesen Spielen sowie zahlreiche gemeinsame Kulturveranstaltungen, Sportevents und Trainings sowohl in Süd- als auch in Nordkorea.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31907/39/319073962.jpg>

Dan-news.info: „Heute hat bei uns ein Projekt der gesellschaftlichen Bewegung Donezkaja Respublika unter der Bezeichnung „Alter ohne Grenzen“ begonnen. Dieses Projekt ist darauf ausgerichtet, älteren Bürgern Beratung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Das Projekt wird zuerst in Telmanowo erprobt, dort haben heute Konsultationszentren zu unterschiedlichen Fragen ihre Arbeit begonnen“, teilte der Pressedienst von DR mit.

Ukrinform.ua: Im Konfliktgebiet Donbass zwei ukrainische Soldaten verletzt.
In den letzten 24 Stunden seien durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) zwei ukrainische Soldaten verletzt worden, gab heute auf einem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Dmytro Guzuljak, bekannt.
„Durch feindliche Beschießungen und bei der Erfüllung der Kampfaufgaben sind zwei ukrainische Soldaten verletzt worden“, sagte Guzuljak.
Sie wurden ihm zufolge sofort ins Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand sei zufriedenstellend.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenstellung mehrerer Meldungen)

In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Im ganzen haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche viermal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Es wurde mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm sowie mit Antipanzergranatwerfern geschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 98 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zur letzten Woche hat sich die Zahl der Beschüsse auf ein Sechstel **vermindert**. In der Folge der Beschüsse sind keine Opfer und Zerstörungen festgestellt worden.

Im Verlauf der Woche wurden die Gebiete von **Logwinowo und Kalinowka** beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Oberst Majstrenko.

Es ist Information eingegangen, dass am 19. Januar vier betrunkene Soldaten der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter dem Vorwand eines Bads zum Dreikönigstag im Sewerskij Donezk einen Kameraden ertränkt haben, der sich zuvor negativ über die „ATO“ und die Politik der Kiewer Regierung geäußert hatte.

Um den Vorfall zu verheimlichen, hat der Brigadekommandeur Oberst Drapatyj die Anweisung gegeben, den Ertrunkenen als Deserteur auszugeben. Später haben örtliche Einwohner die Leiche des Soldaten weiter unten am Flusslauf gefunden und die Polizei

informiert. Daraufhin wurden alle Beteiligten an dem Mord festgenommen und befinden sich im Untersuchungsgefängnis.

Technische Einheiten haben nicht detonierte Geschosse in den Gebieten von Smeloje, Slawjanoserbsk, Dolgoje beseitigt.

Das Fehlen von ukrainischen Waffen kommt täglich in den OZSE-Berichten zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden folgende Fehlbestände festgestellt: 2 122m-

Mehrfachraketenwerfer „Grad“; 6 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 9 152mm-Haubitzen

„Msta-B“; 11 152mm-Haubitzen „Akazija“; 4 122mm-Haubitzen D-30; 12 120mm-Mörser

M120 und 2B11; 8 Panzer T-64 und T-72; 3 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Die Aufklärung der Volksmiliz der LVR entdeckt weiterhin von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Kalinowo wurde ein getarnter T-72-Panzer, im Gebiet von

Nowotoschkowskoje Feuerpositionen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm, ein Unterstand mit einem Schützenpanzer und eine Mannschaft für Abwehrgeschütze 23-2 des 13. Bataillons der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

In Nowoswanowka wurden Positionen einer Mörserbatterie und ein Schützenpanzer, in

Krymskoje Feuerpositionen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm und ein

Schützenpanzer, in Popasnaja eine Position einer 120mm-Mörserbatterie, zwei Unterstützung

mit Schützenpanzern des 108. Bataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte

entdeckt.

Die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste wegen Alkoholmissbrauchs und Verletzung der Sicherheitsvorschriften.

Am 22. Januar landeten fünf Soldaten der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen

Streitkräfte im Krankenhaus, nachdem sie bei örtlichen Einwohnern gekauften Alkohol

getrunken hatte. Die Ärzte teilten mit, dass sie wegen Genusses von minderwertigem Alkohol hochgradig vergiftet sind. Der Zustand eines Soldaten ist äußerst ernst.

Insgesamt starben in der letzten Woche in den Einheiten der operativ-taktischen Gruppe

„Lugansk“ in der Folge von Vorfällen fünf Personen, elf wurden verletzt. Diese Zahlen

zeugen von einem gleichgültigen Verhalten der Kommandeure gegenüber ihren

Untergebenen, die der Willkür des Schicksals unter Bedingungen eines sinnlosen Bürgerkriegs ausgeliefert sind.

Die Volksmiliz stellt weiter wachsende Zahlen von Deserteuren von den ukrainischen Streitkräften in der „ATO“-Zone fest.

Im Gebiet von Popasnaja verließen drei Soldaten der 10. Gebirgsturmbriade der

ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig ihre Positionen und gingen in Richtung der Ortschaft.

Auf dem Weg trafen sie auf eine Patrouille der Nationalgarde. Nach einem Wortgefecht und

einem erfolglosen Festnahmeversuch eröffneten die Soldaten der Nationalgarde das Feuer.

Während des Gefechts wurde ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte getötet, einer verletzt.

Solche Fälle sind keine Einzelfälle.

Von den ukrainischen Positionen im Gebiet von Krymskoje versuchte ein Soldat der 58.

Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig seinen Posten zu

verlassen. Seine Kameraden meldeten diesem dem Kommandeur der Einheit. Es wurde eine

Treibjagd organisiert. Er wurde im benachbarten Ort festgenommen.

Ukrinform.ua: Präsident in Davos: 2021 bekommt Ukraine Perspektive einer EU-Mitgliedschaft.

Die Ukraine bekomme im Jahr 2021 die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen

Union (EU), erklärte der Staatspräsident der Ukraine, Petro Poroschenko, in seiner Rede

während der Tagung „Mittel- und Osteuropa: Neue Agenda für den Kontinent?“ auf dem jährlichen 48. Wirtschaftsforum in Davos, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Er äußerte die Überzeugung, dass dabei Polen und Litauen die Ukraine unterstützen werden.

„Im Jahr 2021 wird es mit der Unterstützung Polens und Litauens die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union geben“, sagte Poroschenko.

Er betonte ferner die Bedeutung der Vereinigung aller Länder der freien Welt und des Kampfes gegen den Hybrid-Informationskrieg.

„Die gesamte EU, die gesamte freie Welt müssen eine Agenda, eine Strategie und eine Stimme haben und sich so fest wie möglich vereinen. Die Grundlage für unsere Einheit sind unsere Werte, und nicht das Geld. Ich bin absolut überzeugt, dass wir diesen Krieg von fake-Nachrichten und Propaganda, den Informationskrieg, gewinnen können, denn die Wahrheit ist mit uns“, sagte der Präsident.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/thumb_files/630_360_1516972446-8388.jpg

Dan-news.info: „Heute gegen 13:40 Uhr wurde aus dem Gebiet der ukrainischen Positionen heraus das Gebiet der Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks bei Jasinowataja beschossen. Ein Transformator wurde beschädigt, es liefen 2,5Tonnen Öl aus. Die Station wurde notfallmäßig auf eine Reserveleitung umgestellt, sie ist weiter in Betrieb“, teilte Woda Donbassa mit.

„Tagsüber, nachdem das Feuer auf das Jushnodonbasskij-Wasserwerk endete, kam eine Gruppe Reparaturarbeiter an den Ort des beschädigten Transformators, sie sollte das Auslaufen des Öls stoppen. Aber auf die Menschen wurde wieder das Feuer eröffnet, sie konnten kaum den Beschussort verlassen“, meldete Woda Donbassa später.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Verletzten.

de.sputniknews.com: Die Russen kommen! Britisches Militär setzt auf Panikmache. Der britische Generalstabschef Nick Carter hat vor kurzem erklärt, dass Russland demnächst gegen das Vereinigte Königreich militärisch vorgehen will, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Freitag.

„Alles, was aktuell passiert, erinnert an das Jahr 1914. Ich glaube gar nicht, dass Russland einen traditionellen Krieg beginnen will, aber es gibt Faktoren, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir über ihre Absichten sprechen. Wir müssten die Psychologie der Russen, ihre Kultur, Philosophie und Überzeugungen verstehen“, sagte der hochrangige Militär auf einer Pressekonferenz im Royal United Services Institute (RUSI).

„Russland könnte gegen uns schneller vorgehen als wir erwarten – und noch viel früher, als wir selbst unter ähnlichen Bedingungen handeln würden. Ich denke nicht, dass alles mit einer

Invasion ‚grüner Männchen‘ beginnen würde. Die Russen werden wahrscheinlich etwas einsetzen, womit wir gar nicht rechnen.“

Carters Rede enthielt zahlreiche historische Parallelen, von denen manche aber aus den Fingern gesogen waren. So behauptete er beispielsweise, die russische Führung wollte 1912 möglichst schnell einen Krieg beginnen, um Deutschland keine Möglichkeit zu geben, bis 1925 viel zu stark zu werden. Diese Worte erläuterte Carter nicht – und das ist wohl auch kein Wunder, wenn man bedenkt, dass der Erste Weltkrieg nur zwei Jahre später begann, und zwar nicht auf Initiative Russlands.

Das apokalyptische Szenario des britischen Generals ist wirklich beeindruckend – seine russischen Kollegen dürften sich sehr wundern, wenn sie das lesen. Eine so große Angst vor den Russen hat schon lange keiner mehr gezeigt.

„Um rechtzeitig auf Gefahren zu reagieren, sollten wir mit dem Gegner mithalten“, verkündete der britische Generalstabschef. „Feindselige Staaten sind viel kreativer – wir können es uns nicht leisten, uns auszuruhen. Die Rivalität verschiedener Staaten nimmt immer neue, miteinander zusammenhängende Formen an, und wir müssen darauf gefasst sein. Die Gefahren, mit denen wir konfrontiert werden könnten, liegen nicht Tausende Meilen weg, sondern unmittelbar an Europas Schwelle. Der Cyberkrieg wird sowohl auf dem Schlachtfeld als auch im zivilen Leben geführt. Wir Briten sind nicht immun dagegen.“

Besonders gefährlich findet Carter ausgerechnet den Cyberkrieg: Moskau bemüht sich nach seinen Worten um die Zerstörung der Einheit der Nato, indem es Keile zwischen einzelnen Mitgliedern der Allianz treibt. Hinzu kommen auch die russischen konventionellen Waffen, vor allem Raketen, deren Effizienz während des Syrien-Einsatzes der russischen Kräfte deutlich unter Beweis gestellt worden ist.

Zu den Feinden des Vereinigten Königreichs zählte der Generalstabschef auch China, Nordkorea und den Iran.

Dabei ist Carter nicht der einzige britische Militär, der von der großen Hinterlist der Russen redet. Erst vor einem Monat hatte der Hauptmarschall der britischen Luftwaffe, Stuart Peach, behauptet, russische U-Boote könnten Internetkabel auf dem Meeresgrund kappen, was katastrophale Folgen für die westliche Wirtschaft hätte.

Diese furchterregenden Prognosen lassen sich aber ganz leicht erklären. Es geht natürlich nicht um Moskaus Absicht, Großbritannien anzugreifen, sondern um Geld. Die britischen Streitkräfte sind in den vergangenen Jahren mit den Mitteln, die für sie im Haushalt vorgesehen sind, unzufrieden – aber nicht weil sie weniger Geld bekommen, sondern weil die Ambitionen der Generäle enorm groß sind.

Bereits vor geraumer Zeit wurde auf der Insel ein umfassendes Programm zum Bau von Super-Flugzeugträgern des Typs „Queen Elizabeth“ gestartet, die die veralteten leichten Flugzeugträger „Invincible“ ablösen sollen. Der Bau von zwei Schiffen dauert schon mehr als 13 Jahre und hat bislang enorm viel Geld gekostet. Dabei wird dieser „Spaß“ offenbar auch weiter sehr teuer bleiben, denn nach den Tests Ende 2017 wurde festgestellt, dass die „Queen Elizabeth“ zusätzlich vervollkommen werden muss.

Und 2016 kam ein Programm zur Modernisierung der britischen strategischen Atomstreitkräfte hinzu, in dessen Rahmen der Bau von U-Booten des Typs „Dreadnought“ vorgesehen ist, die mit US-amerikanischen ballistischen Raketen Trident bestückt werden sollen. Das erste U-Boot soll planmäßig 2028 in Betrieb genommen werden, und bis dahin werden die britischen Militärs offenbar weiterhin unter Geldmangel leiden müssen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31924/83/319248380.jpg>

Dnr-online.ru: Über den möglichen Einfluss des von Kiew beschlossenen Gesetzes über die „Reintegration“ des Donbass auf die militärische Situation in der DVR sprach in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin

„Faktisch wurde kein einziger der Waffenstillstände, die in Minsk unter der Ägide der OSZE-Mission ausgerufen wurden, von der Ukraine auch nur am ersten Tag erfüllt. Deshalb kann man nicht sagen, dass das neue Jahr irgendwie ungewöhnlich begann. Es gab keinen Waffenstillstand und es gibt keinen. Die Situation hat sich verschärft, als begonnen wurde dieses Gesetz zu erörtern, nach seiner Annahme war eine Aktivierung der Kämpfe zu beobachten“, stellte Eduard Basurin fest.

Nach seinen Worten tragen die Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ausschließlich provokativen Charakter. Ihr Ziel ist es, der Weltgemeinschaft erwidrende Maßnahmen der Armee der DVR zu demonstrieren.

„Die Kämpfe im Donbass widersprechen vor allem der Verfassung der Ukraine. Ich spreche von der Verwendung von Truppen gegen die friedliche Bevölkerung. Deswegen denke ich, dass die internationale Gesetzgebung für Kiew nichts bedeutet. Mehr noch, durch das Gesetz über die „Reintegration“ kann der Präsident der Ukraine den Kriegszustand in jedem Teil des Staates ausrufen. Von einer solchen Usurpation von Macht konnte keiner der vorhergehenden Staatsoberhäupter träumen“, sagte Basurin.

Zum Abschluss unterstrich er, dass das Hauptziel des Gesetzes über die „Reintegration“ die Stärkung der Regierung Pjotr Poroschenkos ist und sich von der Verantwortung für die Verbrechen im Donbass „reinzuwaschen“.